

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa befähigter bestimmter Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Zirkelnummer:
Riesa Nr. 52.

Nr. 190.

Sonntag, 16. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Interesses von Produktionsvereinerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostkestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Adam Riese im Wahlkampf.

Aus den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 war ein Reichstag hervorgegangen, der nicht weniger als 490 Volksvertreter umfaßte. Diese verteilten sich sofort auf 13 verschiedene Parteien. Vier sind bereits die Feder. Wenn wir auch nicht abergläubisch veranlagt sind, so dachten wir schon damals, ob es bei den 13 Parteien wohl bleiben wird? Immerhin! Als der letzte Reichstag zusammentrat, waren in ihm die Parteien also vertreten: SPD. 152, Deutschnationale Volkspartei 78, Zentrum 61, KPD. 54, Deutsche Volkspartei 75, Demokratische Partei 25, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 23, Bayerische Volkspartei 17, Nationalsozialisten 12, Christlich-nationale Bauern- und Landvolkspartei 9, Deutsche Bauernpartei 8, Deutsch-Dänischer 4 und Volksrechtspartei 2 Mitglieder.

Als der Reichstag am 18. Juli d. J. aufgelöst wurde, sah er etwas anders aus, nämlich also: Sozialdemokraten 152, Deutschnationale Volkspartei 64, im Zentrum, bei den Kommunisten, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Christlich-nationale Arbeitgemeinschaft mit 23 Mitgliedern, die Sozialpartei in gleicher Stärke, nur daß noch zwei Parteiführer, wie man im Reichstag sagt, "Wilde", hinzukamen. Gleich darauf fiel die deutschnationale Reichstagsfraktion noch mehr auseinander, denn Graf Westarp trennte sich mit seiner Gruppe von Dr. Eugenberg, so daß der deutschnationale Parteiführer, als er sich den Schaden besah, von den 78 Fraktionsmitgliedern unmittelbar nach der letzten Reichstagswahl nur noch 38 hinter sich hatte. Seitdem sind ihm wieder einige durch die Ratten gegangen.

Mit der bisherigen Statistik ist uns nicht viel geholfen, wenn wir die Wahlbewegung, in der wir uns jetzt befinden, hier erfassen wollen. Wer in die Geheimnisse unserer politischen Lebens eindringen will, muß schon veraltete Wahlstatistik treiben. Keine einfache Sache! Um festen Boden unter die Füße zu bekommen, fragen wir uns zunächst nach der Entwicklung der wahlberechtigten deutschen Wählerschaft überhaupt. Bei den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 waren 38 988 000 Männer und Frauen wahlberechtigt. Bis zum 7. Dezember des gleichen Jahres war die Zahl der wahlberechtigten auf 38 987 000 gestiegen. Bis zum letzten Reichstagswahltag, dem 20. Mai 1928, hatte sich die Ziffer auf 41 295 000 erhöht. Von den wahlberechtigten haben aber längst nicht alle von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Es wählten nämlich bei den Reichswahlen 1924 nur 75,3 Prozent, bei den Reichswahlen des gleichen Jahres nur 73,5 Prozent und bei den Reichswahlen 1928 gar nur 75,4 Prozent. Es blieb also am Wahltag gerade ein Viertel der wahlberechtigten zu Hause. Jede vierte wahlberechtigte Person erfüllte am Wahltag ihre Wahlpflicht nicht.

Anschaulicher als die Verhältniswahlen sind in mancher Hinsicht die nackten Ziffern. Bei den Reichswahlen 1924 wählten insgesamt 9 085 000 wahlberechtigte nicht. Wären sie zur Urne gegangen, dann hätten in dem damaligen Reichstag 151 Volksvertreter mehr gesessen. Am 7. Dezember 1924 blieben 8 284 000 Stimmberechtigte zu Hause. Hätten sie gewählt, dann wären 188 Abgeordnete mehr in den damaligen Reichstag gezogen. Bei den letzten Wahlen vom 20. Mai 1928 betrug die Zahl der Nichtwähler 10 150 000. Wäre diese politische Reservearmee am letzten Wahltag angetreten, dann hätten im letzten Reichstag nicht 491 Abgeordnete gesessen, sondern 189 mehr, also genau 680!

Die Lehre, die sich für das deutsche Bürgertum aus diesen Zahlen ergibt, ist naheliegend. Die Mitglieder der radikalen Parteien der Opposition sind nach allgemeiner Annahme nahezu reiflos zur Urne gegangen. Wer zu Hause blieb, gehörte nach Ausweis aller Wahlergebnisse größtenteils den sogenannten bürgerlichen Volksschichten an. Am 18. Juli d. J. selbst dem bürgerlichen Kabinett Brüning ganze 15 Stimmen, um die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg zu retten. Die Frage, ob die 15 Reichstagsmandate aus der politischen Reservearmee des Bürgertums herauszuholen sind, muß aufgrund der Wahlstatistik ganz entschieden bejaht werden. Jeder wahlberechtigte Mann, wie jede pflichtbewusste Frau, sollte sich in diesen Tagen die Zahl einprägen, auch die Tatsache, daß im letzten Reichstag 189 Abgeordnete mehr gesessen hätten, wenn bei den letzten Wahlen am 20. Mai 1928 nicht über 10 Millionen wahlberechtigte Frauen und Männer aus Faulheit, aus Kurzsichtigkeit oder aus Torheit zu Hause geblieben wären. Das muß diesmal aufhören.

Sache der politischen Führer ist es jetzt, die politische Reservearmee im Wahlkampf mobil zu machen. Die Mobilisation wäre am leichtesten gewesen, wenn es zur Sammlung des Bürgertums gekommen wäre. Opposition muß sein, sie braucht aber nicht so töricht zu sein, wie sie bei uns im letzten Reichstag war. Oppositionsparteien haben nur dann einen Sinn, wenn sie bereit und fähig sind, die Regierungsparteien abzulösen.

Aus dem Geist der Vergangenheit entspringt also für das deutsche Volk am 14. September die Aufgabe, soweit es der Reichsregierung Brüning keine Chance geben will, wenigstens dafür zu sorgen, daß eine Oppositionspartei auf der Bühne erscheint, die wenigstens regierungsfähig ist. Das sind die Lehren, die Adam Riese für jeden deutschen Staatsbürger aus den letzten Wahlergebnissen ziehen muß.

Kündigung des Lohnabkommens im Ruhrbergbau.

Essen. Der Gewerkschaftsbund wird, wie er bekannt gibt, die im Ruhrbergbau bestehende Lohnordnung zum 30. September kündigen, um mit den Gewerkschaften in eine Erörterung über eine Produktionskostenlenkung einzutreten, die im Hinblick auf die Entwicklung des Umfahes und der Preise unumgänglich ist.

Essen. Zu der Kündigung des Lohnabkommens im Ruhrbergbau am 30. September verläutert ergänzend: In welchem Ausmaße eine Herabsetzung der Löhne gefordert werden wird, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Der schon von anderer Seite genannte Satz von 10 Prozent hat jedoch einige Wahrscheinlichkeit für sich. Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaften werden in der nächsten Woche erstmals zu Verhandlungen zusammentreten. Eine rasche Entscheidung wird als dringend notwendig bezeichnet. Zur Zeit liegen nicht weniger als 8,8 Millionen Tonnen auf den Halben, dem in den Ländern des Sundlandes. Weit mehr als eine Monatsförderung ist also gestapelt. Nach Angaben beteiligter Kreise beläuft sich die zinsmäßige Belastung aus dieser Stapelung allein auf 10 Pfennig je Tonne der gesamten abfahrbaren Förderung. Allein die Zinsen für die Halbenbestände — die normale Halben- und Lagermenge ist in der Berechnung abgesehen — erfordern damit ein Viertel der im letzten Jahre vorgenommenen Gewinnzuschüttungen. Noch deutlicher wird die Lage des Ruhrbergbaues, wenn man neben dem rapiden Anwachsen der Halbenbestände den Rückgang der Förderung in Rechnung stellt. Die Förderung ist von 10,9 Millionen Tonnen im Januar auf etwa 8 Millionen Tonnen im Durchschnitt der letzten beiden Monate zurückgegangen, während im

Jahre 1929 durchschnittlich 10 Millionen Tonnen monatlich gefördert wurden. Die Einschränkung der gesamten Betriebe beläuft sich also auf rund 20 Prozent. Im Juli waren schlagungsweise nur 326 000 Mann gegen 385 000 Mann im Juni und gegen 388 000 Mann im Januar beschäftigt. Falls die beantragten Entlassungen durchgeführt werden, rechnet man für Mitte August mit einer Belegschaft von etwa 322 000 Mann. Danach wären also in dem halben Jahre seit Ende 1929 schon über 60 000 Mann entlassen. In diesen Differenzen kommen aber, so erklärt man, die Absatzschwierigkeiten durchaus nicht voll zum Ausdruck. Die absolute Zahl der Freierichtigten hat im Monat Juli gegenüber dem Vormonat eine Verdoppelung erfahren, und zwar von 677 000 auf 1 195 000.

Stillehung der Bernhard Stömer-Werke A.-G., Stettin.

Stettin. Der Stillehaltungsantrag, den die Maschinen- und Fahrradfabrik Bernhard Stömer-Werke A.-G., die vor einiger Zeit ihre Zahlungen eingestellt hat, beim Gewerbeaufsichtsamt eingereicht hat, ist jetzt genehmigt worden. Daraus ist heute der größte Teil der Arbeiter entlassen worden. Die Angestellten und Bediensteten, die noch im Betriebe sind, sind lediglich mit Instandhaltungsarbeiten beschäftigt. Ueber die Weiterführung des Unternehmens sind Verhandlungen im Gange. Mit den Gläubigern wird ein Vergleich angestrebt.

Noch keine Entscheidung um den Finnlandvertrag. Das Ergebnis der Kabinettsberatung. — Neue Verhandlungen mit Finnland.

Berlin, 10. August. Das Reichskabinett hat gestern nachmittag seine Beratungen über den deutsch-finnischen Handelsvertrag fortgesetzt. Wie wir erfahren, kam es am Abend zu dem Beschluß, in direkten Verhandlungen mit Finnland zu versuchen, zu einer Regelung der umstrittenen Handelsvertragsfragen zu gelangen, die den deutschen Wünschen und Interessen entspricht. Zu diesem Zweck wird ein Sonderdelegierter, und zwar der Leiter der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Ritter, nach Helsinki entsandt werden. Dr. Ritter wird bereits heute vormittag seine Reise antreten.

In ununterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß es gelingen wird, auf diese Weise im Laufe der nächsten Wochen zu einer Verständigung mit der finnischen Regierung zu kommen. Man kann wohl annehmen, daß der deutsche Delegierte die Aufgabe hat, die finnische Regierung davon zu überzeugen, daß eine Einigung im Sinne der deutschen Wünsche auch im Interesse Finnlands erstrebenswert ist, weil dadurch die Kündigung des Handelsvertrages vermieden wird, die für Finnland zweifellos noch größere Nachteile bringen würde.

Wie wir aus landwirtschaftlichen Kreisen hören, ist der Widerstand gegen die Kündigung des Finnlandvertrages bei mehreren Verhältnissen des Reichskabinetts noch so stark, daß eine Klärung noch nicht hat erzielt werden können. Aus diesen Gründen weist auch die "Deutsche Tageszeitung", das Organ des Reichsernährungsministers, erneut darauf hin, daß sie sich verpflichtet fühle, noch einmal in letzter Stunde auf den Ernst der Situation hinzuweisen, die entstehen müßte, wenn in dieser Frage nicht den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Landwirtschaft und insbesondere der mittleren und kleineren Bauernschaft Rechnung getragen werde. Weber die Protestierenden, noch die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit dürften darüber im Zweifel

sein, daß es hier für den deutschen Landwirt keine Vergleichsmöglichkeit, kein sanftes Kompromiß gäbe, daß hier vielmehr die Entscheidung für ihn darüber liege, wie er sich auch politisch der gegenwertigen Regierung gegenüber zu stellen habe.

In diesen Worten bringt das Organ des Reichslandbundes ganz deutlich zum Ausdruck, daß die agrarischen Kreise um Schiele in Opposition gegen das Reichskabinett treten müßten, wenn die Kündigung des Finnlandvertrages nicht vorgenommen würde. Im übrigen scheint man aber auch in Industriekreisen zum Teil der Meinung zu sein, daß man den Wünschen der Landwirtschaft ohne Gefährdung der eigenen Interessen entgegenkommen könnte. Nur daraus ist ein Schreiben zu erklären, das der bekannte Industrielle Fritz Thoben an die "Deutsche Tageszeitung" gerichtet hat.

Danach handelt es sich bei der Geltung des Reichsverbandes beim Finnlandvertrage, mit der er nicht einverstanden sei, lediglich um eine Maßnahme der Geschäftsführer, während der Vorstand des Präsidiums noch nicht Stellung genommen habe.

Andererseits hat sich der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels erneut mit folgendem Telegramm an die beteiligten Regierungsstellen gewandt: "Witten in letzter Stunde dringend, Verhandlungen auf Kündigung deutsch-finnischen Handelsvertrages scharfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Sturmpfeile der Boykottbewegung in den skandinavischen Ländern, Dänemark und Holland lassen keinen Zweifel darüber, daß Deutschlands Wirtschaft durch die drohenden Maßnahmen fremder Staaten gegen die Einfuhr deutscher Fertigwarenerzeugnisse sofort schwere Gefahren drohen, während die von der Landwirtschaft aus der Kündigung erhofften Vorteile wegen der handelsvertraglichen Bindungen mit anderen Staaten sich erst in ferner Zeit auswirken können. Die sich täglich verschärfende Lage des Arbeitsmarktes verträgt keine derartigen Experimente, die zu einer Erschütterung unserer gesamten Handelsvertragspolitik zwangsläufig führen müßten."

Eine Unterredung mit Minister Dr. Schiele.

Berlin. Ein Vertreter der "Deutschen Tageszeitung" hatte eine Unterredung mit dem Reichsernährungsminister Dr. Schiele über die

Durchführung der Dstille.

Dr. Schiele sagte in Beantwortung mehrerer Fragen u. a.: Alle Maßnahmen, die in der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vorgegeben werden konnten, werden so schnell als möglich in Gang gesetzt werden. Die Auszahlung der Umschuldungshilfen steht freilich die Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen voraus; auch diese werden nach Möglichkeit beschleunigt werden. Ich selbst und mein Ressort haben an der Vorbereitung der Dstille den allergrößten Anteil gehabt und werden auch weiter entscheidend mitwirken. Die Dstille übernimmt zwar gewisse Funktionen, die auch vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hätten ausgeführt werden können, aber meine

sachliche Zuständigkeit bleibt im Grundlag unberührt und nur ein maßgeblicher Einfluß in allen die Landwirtschaft angehenden Fragen der Dstille gesichert. Die Umschuldungskredite werden in der nächsten Zeit etwa zu gleichen Teilen von der Rentenbankkreditanstalt und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellt. Daher werden diese beiden Institute paritätisch zur praktischen Mitarbeit herangezogen werden. Die Verordnung des Reichspräsidenten sieht vor, daß das Anwendungsgebiet weiter ausgedehnt werden kann. Für die Umschuldung wird die Reichsregierung gern von dieser Befugnis Gebrauch machen, sofern nur sichersteht, daß ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Erst wenn die Umschuldung gesichert ist, kann ein Vollstreckungsschutz gewährt werden, da dieser die Umschuldungsmöglichkeit zur Voraussetzung hat.

Alles in allem bin ich der festen Überzeugung, daß es trotz aller Schwierigkeiten, die auch ich durchaus nicht verkenne, gelingen wird, schon in den nächsten Wochen die für den Osten vorgesehenen Dstille in beträchtlichem Umfange anzusetzen.